

KLARTEXT

Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

Juli/August/September 2022

Ausgabe 2

Mal ehrlich, Paul – hättest Du mit so viel Ausdauer gerechnet? Dauermahnwache vor Langener Paul-Ehrlich-Institut



„Wer viel fragt, bekommt viel Antwort“, lautet ein deutsches Sprichwort. Und wer nicht antworten will, der sieht sich mitunter mit ungewöhnlichen Aktionen konfrontiert. Diese Erfahrung machte die Leitung des Paul-Ehrlich-Instituts in Langen, als sich auf dem Vorplatz Aktivisten mit einem Protestlager für mehrere Tage niederließen. Sie hatten dem Präsidenten Prof. Dr. Klaus Cichutek einen Katalog mit **47 Fragen** übermittelt, mit der Bitte, diese zu beantworten. Das PEI fühlte sich dafür nicht zuständig und verwies darauf, dass nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) eigentlich nur zwei Fragen vom Institut beantwortet werden müssten. Doch die Aktivisten ließen sich von den abwesenden Worten nicht abschrecken, sondern blieben einfach da. Frei nach dem Motto: „Mal ehrlich, Paul!“ rückte der harte Kern in Langen an und harterte dort bei einer **Dauermahnwache** sieben Tage (vom 28. Juni bis 5. Juli) aus. Die Aktion war gut vorbereitet: Im Vorfeld hatten die Initiatoren eine Briefaktion organisiert. Viele Menschen hatten so Ge-

legenheit, das PEI mit den 47 Fragen zu konfrontieren. Eine Antwort erhielt allerdings keiner dieser Beteiligten. Auch die Medien waren informiert, 50 an der Zahl, darunter auch die örtliche Redaktion der „Langener Zeitung“. Die ließ sich aber gar nicht blicken und berichtete erst mehrere Tage, nachdem das Camp bereits wieder verschwunden war, in knappen 40 Zeilen plus Bild vom Bühnen-LKW über die Aktion. Deren Redaktion beschränkte sich darauf, eine Pressesprecherin des PEI zu Wort kommen zu lassen und bezeichnete die Fragen der Aktivisten als „teilweise krude“. In einer Mail an die Redaktion antwortete ein Lokalredakteur auf die Frage, warum die „Langener Zeitung“ nicht über die Aktion berichtete, dass man das unter den Kollegen diskutiert habe, sich letztlich aber gegen eine Berichterstattung entschieden, weil von den Aktivisten ohnehin keiner mit der Presse reden würde. Eine Ausrede, meint einer der Initiatoren Ch. Jahn, denn er hätte liebend gerne mit den Lokaljournalisten gesprochen – wären sie denn aufge-

taucht. „Wir machen keine Unterschiede zwischen Mainstream und alternativen Medien“, betonte er. Man rede mit allen – solange ein sachlicher und friedlicher Austausch, bei dem alle Meinungen zugelassen sind, möglich ist. Das PEI hatte bei vorhergegangenen Kundgebungen immer den Haupteingang dicht gemacht, viele Mitarbeiter arbeiteten dann von zu Hause oder nahmen den Hintereingang, „um nicht mit unseren Fragen konfrontiert zu werden“, vermutet Ch. Jahn. Bei der längeren Dauermahnwache war das nicht mehr so einfach möglich. So stieg das Interesse der PEI-Mitarbeiter, der Anwohner, aber auch der Mitarbeiter umliegender Unternehmen und deren Lieferanten täglich. Etwa 500 Besucher haben das Protestcamp aufgesucht, schätzen die Aktivisten. Viele haben die neue **Bürgerzeitung Klartext-Rheinmain** mitgenommen. Mehrmals täglich hallten die 47 Fragen von der Demobühne. Passend zu den Fragen der Impfagenda, den ungeklärten Impfnutzenwirkungen und der Rolle des

PEI wurden zahlreiche Audio- und Videobeiträge in Dauerschleife abgespielt. Außerdem fanden Gesprächskreise, Filmgespräche und musikalische Darbietungen statt. Es gab Gelegenheit zum angeregten Austausch. Auch stateten einige bekannte Gesichter der Demokratiebewegung dem Camp einen Besuch ab: Darunter der Rechtsanwalt Ralf Ludwig, die Ärztin Dr. Margareta Griesz-Brissou, der Aktivist Dirk Scheller, Dominik Stapf von der „Entfesselten Kamera“ und Stephanie Tsomakæva von der Initiative „Politiker müssen haften“.

„Wir waren nicht als Ankläger vor das PEI gekommen, sondern als Fragesteller und Hilfesuchende. Unsere Hartnäckigkeit hat sich am Ende auszahlt“, resümieren die Initiatoren. Denn schließlich gab es am siebten Tag der Aktion doch noch Antworten auf die Fragen aus dem Institut. Diese wurden in der Zwischenzeit von einem Team aus Ärzten, Anwälten und Aktivisten inhaltlich geprüft. Das ermuntert andere, Ähnliches auf die Beine zu stellen: Schließlich kann jeder sich mit zehn Fragen vor eine Bundes- oder Landesbehörde stellen und solange bleiben, bis diese beantwortet sind. Dazu braucht es keinen Demotruck und im Falle einer Einzelkundgebung (maximal zwei Personen) auch keine Anzeige bei der Versammlungsbehörde. **„Wir können viel mehr bewirken, als wir uns selbst zugestehen wollen“**, betonen die Initiatoren. Das Protestcamp war bereits die vierte Aktion vor dem PEI. Kundgebungen fanden am 13. März 2021, am 30. September 2021, sowie am 14. Juni 2022 statt. Weitere könnten folgen. Ein kurzes Video der „Entfesselten Kamera“ ist unter <https://cutt.ly/oLbYXNh> zu sehen.

Die Fragen an das Paul-Ehrlich-Institut und deren Antworten können unter www.klartext-rheinmain.de/downloads angesehen werden. Dort finden Sie auch die Erstbewertung der PEI-Antworten durch das Autorenteam.

Editorial

Die 2. Ausgabe von Klartext-RheinMain

Die zweite Ausgabe von „Klartext – Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet“ liegt jetzt vor. Nachdem die letzte Ausgabe etwas hopplahopp gehen musste (was wir ja beschrieben haben), ging es mit dieser Ausgabe schon deutlich reibungsloser. Wir lernen Schritt für Schritt: Unter anderem haben wir uns damit beschäftigt, wie es mit Impfnutzenwirkungen in unserem Land aussieht. Der eine oder andere O-Ton hat uns schon erreicht, aber wir brauchen noch Whistleblower aus den Krankenhäusern und Ambulanzen, die uns erzählen können,

wie es mit den Impfpfern wirklich aussieht. Eigentlich ist das alles ein Job für unsere lokalen und (über-)regionalen Zeitungen, aber diese gefallen sich meist besser darin, unseren Bundes- und Landespolitikern die Füße zu küssen und verbreiten weiterhin Regierungsloblieder. Warum liest diese Blätter überhaupt noch jemand? Ein Jahresabo der Offenbacher Post oder des Darmstädter Echos kostet rund 500 Euro. Was könnten Sie mit dem Geld alles Gutes für sich selbst tun?! Und dabei bleiben sicher auch ein paar Euro übrig, um alternative Medien mit einer Schenkung zu unterstützen (siehe letzte Seite). GEZ kostet übrigens 220 Euro: Diese lässt sich allenfalls mithilfe von

<https://leuchtturmard.de/> "abstellen". Nach wie vor freuen wir uns über Unterstützung und Mitarbeit – wie zuletzt bei unserer Verteilaktion beim Protest-Camp vor dem Paul-Ehrlich-Institut in Langen: Egal ob als Texter, Korrekturleser, Logistiker oder Verteiler. Uns ist wichtig, dass Klartext-Rheinmain eine große Verbreitung findet. Mit einer nun noch einmal erhöhten Auflage sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Menschen in der Region auch andere Informationen zur Verfügung haben als die gewohnten. Und wir unterscheiden uns hier in einem ganz wesentlichen Punkt von den etablierten Medien: Wir wollen gar nicht, dass Sie nur uns glauben. Wir liefern Ihnen eine

Perspektive, die Ihnen die Altmedien nicht zeigen und wir laden Sie dann dazu ein, sich selbst ein Bild zu machen. Die Altmedien beschäftigen sog. „Faktenchecker“ und diese sagen Ihnen dann, wie Sie über andere Medien zu denken haben. Entscheiden Sie selbst, welcher Ansatz der demokratischere ist.

Wir freuen uns über jede Rückmeldung. Sie erreichen uns inzwischen über Telegramm oder Sie nutzen die E-Mail-Funktion unserer Homepage: www.klartext-rheinmain.de

Viel Freude beim Lesen unserer Bürgerzeitung.

Demokratie im Pandemie-Test, kippt das Corona-Virus die Demokratie in Deutschland/Europa?



Bild: Envato

Die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus hat in fast allen Lebensbereichen einen Notstand verursacht. Auch im demokratischen Deutschland wurden Verordnungen erlassen, die das Leben und die Freiheit der Bevölkerung massiv einschränkten. Soziale Kontakte wurden durch Ausgangssperren unterbunden, die Wohnung durfte nur zum Arbeiten und in Notfällen verlassen werden, Reisebeschränkungen und Grenzschließungen wurden angeordnet, Schulen wurden, trotz Schulpflicht, geschlossen und vieles mehr. Diese, durch eine Pandemie begründeten Maßnahmen und damit verbundene Panikmache, führte zu massiven Beschnedigungen von Grund- und Freiheitsrechten der Menschen. Die Umsetzung der Maßnahmen durch Politik und Polizei hat kriegsähnliche Zustände und eine Spaltung in der Bevölkerung verursacht.

Politiker wie Herr Spahn, Herr Söder oder Herr Lauterbach gaben sich während der Krise als Führungsgestalten und ersetzten kurzerhand Gesetze und Verfassungsgrundsätze durch Anordnungen und Befehle. Der Großteil der Bevölkerung hat die Auflagen und Einschränkungen erstaunlich bereitwillig akzeptiert und sich nicht beklagt, sei es aus Angst, Unsicherheit, Bequemlichkeit oder sonstigen Gründen. Hier ist aber deutlich darauf hinzuweisen, dass solche Einschränkungen leicht zur Regel werden können und die Exekutive mit ihren autokratischen Handlungen und fadenscheinigen Argumenten immer mehr Macht an sich reißt. Die breite Akzeptanz aus der Bevölkerung, einseitige Berichterstattung, Diffamierung von Kritikern und auch Zensur führen dazu, dass die Regierenden glauben, sie könnten sich alles erlauben. Seit dem Ausbruch von Corona werden auf Länder-, Bundes- und Europaebene im Eiltempo Verordnungen erlassen, Grundrechte weiter eingeschränkt und Diäten erhöht, ohne dass die Öffentlichkeit groß darüber informiert wird. Auf EU-Ebene wurde zum Beispiel eine Verordnung zur Schaffung einer einheitlichen, europäischen und digitalen Identität („eIDAS-Verordnung“) vorgelegt. Betreut wird das Projekt durch das 2013 gegründete spanische Unternehmen „Electronic Identification, S.L.“, kurz: eID. Für die Entwicklung

stehen 37 Mio. € zur Verfügung. Das eIDAS-System verschafft den EU-Bewohnern eine digitale Identität, die in allen Lebensbereichen einsetzbar wird, sowohl privat, zum Beispiel als Login auf Facebook oder Google, als auch geschäftlich und bei Interaktionen mit staatlichen Stellen. Datenschützer kritisieren dieses Projekt scharf, denn die EU ermächtigt sich hier selbst, die Verordnung nachträglich zu ändern und Inhalte nach Belieben auszulegen. Thomas Lohinger von der **Datenschutzorganisation Epicenter.works** beklagt, dass in der Verordnung das Thema Datenschutz fast vollständig ausgeklammert sei, obwohl hier sensible, persönliche Daten übermittelt werden sollen. Die EU-Kommission arbeitet dabei mittels demokratienuwürdigen Eigenermächtigungen an der vollständigen Kontrolle aller Lebensbereiche von uns EU-Bürgern. Sei es Gesundheits-, Ukraine-, Energie-, Wirtschafts-, Finanz- oder Lebensmittelkrise: Es drängt sich immer mehr der Verdacht auf, dass all diese Themen nur dazu dienen, eine bestimmte Ideologie umzusetzen. Das entspricht dem klassischen Profil eines Ausnahmezustandes. **Das Verhalten der Politik, gepaart mit der autoritätsgläubigen Hörigkeit und Fügsamkeit der Bevölkerung, könnte dazu führen, dass unsere Demokratie dauerhaft Schaden nimmt.**

Rede für den Frieden, Berthold Brecht, 1952

Das Gedächtnis der Menschheit für erdudete Leiden ist erstaunlich kurz, ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibung, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bert Brecht, Rede für den Frieden, 1952

Von China bezahlte Germanisten beraten die Bundesregierung

Das Strategiepapier „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bringen“ vom Bundesinnenministerium ist mal wieder in aller Munde. Zuletzt ist auch „die WELT“ darauf gekommen, dass es mehr als fragwürdig ist, wenn ein studierender Germanist und Mao-Fan an Strategiepapieren arbeitet, die Deutschland in der Bewältigung einer Gesundheitskrise helfen sollen. Bereits im Februar 2021 hatte sich „die WELT“ in einem Artikel verwundert gezeigt über die Mitarbeit von Otto Kölbl an dem besagten Strategiepapier. Nun, im Mai 2022 (ein ganzes Jahr später), veröffentlicht „die WELT“ in einem Artikel, dass Otto Kölbl wohl auch aus China bezahlt wurde. Wer sind die Autoren? Hier die Auflistung, wie Sie mir als Antwort auf meine Anfrage nach IFG vom 18.05.2020 vom BMI zugesandt wurde:

- Prof. Dr. Boris Augurzky, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
- Dr. Hubertus Bardt, Institut der Wirtschaft Köln
- Prof. Dr. Heinz Bude, Uni Kassel
- Roland Döhrn, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
- Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der Wirtschaft Köln
- Otto Kölbl, Universität Lausanne
- Dr. Maximilian Mayer, The University of Nottingham China (UNNC)



Bild: Freepic

· Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Das Innenministerium hat keine Interessenkonflikte geprüft, da die Autoren „pro bono“ – also ohne Honorar – für das Innenministerium gearbeitet haben. Warum so hochdotierte Menschen, die unter anderem von Honorarvorträgen leben, plötzlich ohne Honorar

arbeiten, erschien dem BMI offensichtlich nicht fragwürdig. Meine weiteren Anfragen ans BMI wurden entweder beantwortet mit „diese Information liegt uns nicht vor“ oder man hat mir seitenweise geschwärzte Unterlagen zukommen lassen. Über Otto Kölbl hat „Der Standard“ einen interessanten Artikel geschrieben. Otto Kölbl forscht seit 2007 über sozio-ökonomische Entwicklung in China und (vergleichend) in anderen Entwicklungsländern sowie über deren Darstellung in den westlichen Medien (Dissertationsprojekt). Mehr über seine Arbeit ist auf seiner Internetseite zu finden, Rainbowbuilders.org. Nicht nur Otto Kölbl hat unzulässigerweise, über die Maßen Einfluss auf die deutsche Politik genommen und das Innenministerium „beraten“. Ein weiterer auffälliger „Berater“ ist Prof. Dr. Boris Augurzky, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung:

- Seit 2019 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Münch, zus. mit Dr. Johannes Gruber zuletzt Geschäftsführer und Syndikus der Stiftung Münch. Arbeitet seit 2012 als Partner bei einer Kanzlei für Wirtschaftsrecht (Seufert in München)
- Die Kanzlei Seufert hat unter anderem die BioVariance GmbH (Präzisionsmedizin durch Analyse genetischer Daten) beraten. Ein Auszug aus einem Blog-Artikel auf der Seite der

BioVariance GmbH, Zitat: „...Die BioVariance GmbH hat ihren Teil dazu beigetragen, indem sie eine weltweit agierende in-vitro Diagnostik-Firma bei der FDA-Zulassung eines neuen und schnellen COVID-19 PCR-Tests unterstützt hat.“

Seufert hat die BioVariance GmbH unter anderem bei der Suche nach weiteren Investoren unterstützt (spannenderweise ist der Blogbeitrag von der Seite der BioVariance GmbH verschwunden - derzeit kann man die Seite aber noch über die Wayback-Machine finden).

Außerdem über Herrn Prof. Augurzky finden sich also Verbindungen:

- zu einem der größten Klinikbetreiber in Deutschland, der Rhön-Kliniken
- nach China
- und zu einer Firma, die ein Unternehmen dabei unterstützt hat, in den USA eine FDA-Zulassung für einen PCR-Test zu bekommen. Das RWI, für das Herr Augurzky arbeitet, wird übrigens vom Land NRW gefördert. Die hauptsächlichliche Finanzierung findet durch öffentliche Mittel statt.

Ich fürchte, dass das, was wir hier sehen dürfen, nur die Spitze eines gigantischen Eisberges an Verflechtungen und Lobbyismus ist. Wie weit diese Strukturen in unsere korrupte Politik hineinreichen, ist wohl unmöglich in Gänze aufzuzeigen.



KOMICZEICHNER



BLACKOUT

- kein Strom, kein Gas, soziale Unruhen

Mit den Russland-Sanktionen schädigt sich Deutschland selbst mehr als das rohstoffreiche Russland. Ein Ziel grüner Politik, Deutschland zum Entwicklungsland herabzustufen, wird von der Bundesregierung knallhart umgesetzt. Es droht die größte Wirtschaftskrise seit 1945 - Verelendung, wie sie die meisten von uns zu Lebzeiten nicht kannten. Im Mai 2022 ist die Geldentwertung in Deutschland auf 7,9 % gestiegen. Für € 10.000.- bekommt der Sparer 1 Cent an Zins. Was ist unser Geld noch wert? Die Bundesregierung hat einen riesigen Schuldenberg aufgetürmt - für alle möglichen Dinge, wie z.B. Entwicklungshilfe für China und Indien, Migrationskosten, Corona-Hilfen und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine. Was kann man anderes auch erwarten von inkompetenten Politikern, die im realen Leben bereits als Studienabbrecher scheiterten und jetzt hohe staatliche Funktionen innehaben?

Kein Wunder, dass dann in Deutschland die Lichter ausgehen und die Steuerlast erdrückend wird. Das Ausland saugt uns aus,

ähnlich wie 1919 mit Reparationszahlungen. Heute zahlen wir für den EU-Haushalt, für neue amerikanische Waffen und für die Rettung des Weltklimas. Robert Habeck (Grüne): „...es wird in Deutschland zu Massenarbeitslosigkeit und Armut kommen...“. Ohne Öl- und Gaslieferungen aus Russland wird die Wirtschaft implodieren, es droht eine industrielle Kernschmelze. Im nächsten Winter werden wir frieren und die Industrie wird kollabieren. Die kalte Enteignung der deutschen Gasprom-Tochter durch Habeck und die verpfuschte Energiewende, sowie die Abschaffung unseres stabilen Grundlastbetriebs durch Atom- und Kohlekraftwerke, führen zu Energie-Brownouts oder sogar Blackouts. Ein Kollaps, der unsere gesamte Gesellschaft erfasst, ist kaum mehr zu verhindern. Ob Tankstellen, Supermärkte, Apotheken, Geldautomaten, Bäcker oder Metzgereien - ohne Strom funktioniert nichts mehr. Notstromversorgung gibt es nicht für Wohngebiete, sondern nur für unabdingbare Infrastruktur wie Krankenhäuser und Feuerwehr. Diese existiert allerdings nur

zeitlich begrenzt, für ca. 92 Stunden. Danach gehen auch hier die Lichter aus. Menschen leiden und viele werden sterben. Bedenken Sie, dass es dann nicht mal mehr einen Notruf geben wird. Die Bevölkerung wäre beim Blackout auf sich gestellt, vom sogenannten Staat verraten und verkauft, dank grüner Umweltaktivisten. Spätestens dann schlägt die Stunde der Plünderer. Der Blackout, vorwiegend initiiert durch Energiewende und Aufkündigung von Öl- und Gaslieferungen aus Russland, hat dramatische Auswirkungen auf Deutschland. Selbst die Experten der Energiewirtschaft sagen, dass ein Blackout nur eine Frage der Zeit ist.

Derweil machen andere Länder nicht mit bei diesem Spiel. So bezieht Saudi-Arabien so viel russisches Rohöl wie schon lange nicht mehr. Spanien kauft so viel Gas von Russland wie nie. Frankreich ebenso. Indien kauft russisches Erdgas und Erdöl günstig und verkauft es teuer an die EU. Brasilien nutzt unseren Rückzug und deckt sich mit russischen Energieträgern ein. Und China ist in der

Zwischenzeit Russlands Erdölkunde Nummer Eins geworden. Und? Ist Russland nun Bankrott? Von wegen! Staatshaushalt im Plus. Der Rubel rollt und steigt sogar.

Es bleibt abzuwarten, was WIR so machen - ach ja, „WÄRMEHALLEN“ bauen!



Bild: Pixabay

Bundesinnenministerin Faeser appelliert an die Bevölkerung

„Denken Sie zum Beispiel an Cyberattacken auf kritische Infrastruktur“, sagte die SPD-Politikerin dem „Handelsblatt“. „Wenn tatsächlich mal länger der Strom ausfällt oder das tägliche Leben auf andere Art und Weise eingeschränkt wird, dann ist es auf jeden Fall sinnvoll, einen Notvorrat zu Hause zu haben.“ Mit diesen eindringlichen Worten wendet sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser an die Bevölkerung. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und möglicher Blackouts, ist die Vorsorge für den Krisenfall aktueller denn je. Früher war es ein belächeltes Nischendasein von Preppern. Heute wird es selbst von der Bundesinnenministerin auf die Tagesordnung gehoben. Zu diesem Teilaspekt der Daseinsvorsorge stellt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) schon seit Jahren eine wertvolle Checkliste zur persönlichen Krisenvorsorge unter www.bbk.bund.de zur Verfügung.

Können Sie sich vorstellen, dass Lebensmittel und Trinkwasser einmal nicht jederzeit verfügbar sein könnten?

Mit einem Vorrat an Lebensmitteln und Getränken für 10 Tage sind Sie für den Notfall gerüstet:

Flüssigkeit: Ein Mensch kann unter Umständen drei Wochen ohne Nahrung, aber nur vier Tage ohne Flüssigkeit auskommen. Halten Sie deshalb pro Person ca. 14 Liter Flüssigkeit je Woche (in Glasflaschen) vorrätig. Hier eignen sich besonders Mineralwasser, Fruchtsäfte und weitere lagerfähige Getränke.

Getreide/Reis/Kartoffeln: Hier empfiehlt das BBK eine ausgewogene Mischung in der Größenordnung von ca. 3,5 Kilogramm. Neben der klassischen Bevorratung von Nudeln, Reis und Mehl, ist im ländlichen Umfeld auch der

eigene Anbau von Kartoffeln hilfreich, wenn man die Möglichkeit dafür hat.

Gemüse, Hülsenfrüchte: Gemüse und Hülsenfrüchte sind im Glas oder in Dosen (bereits verzehrfertig), eine Empfehlung wert. Zu bemerken ist, in dieser, mit 4 kg kalkulierten Lebensmittelgruppe, der weitere Aspekt, dass getrocknete Produkte zusätzlich Wasser in der Zubereitung benötigen.

Obst, Nüsse: Bevorraten Sie Obst am besten in Dosen oder Gläsern. Bei Frischobst ist nur lagerfähiges Obst sinnvoll. Als Ergänzung dürfen hier gerne auch Nüsse dabei sein. Mengeneempfehlung: 2,5 kg

Milch, Milchprodukte: Bei dieser Lebensmittelgruppe beachten Sie dringend die teilweise stromabhängige Kühlung bei einer Mengeneempfehlung von 2,6 kg. Milchpulver zum Beispiel, ist im Vergleich viel länger haltbar.

Fisch, Fleisch, Eier, bzw. Volleipulver: Beachten Sie, dass frische Eier nur begrenzt lagerfähig sind, wobei Volleipulver hingegen mehrere Jahre haltbar ist. Insgesamt eignen sich hier Dosenprodukte. Der Verfasser bevorzugt, aufgrund seiner landwirtschaftlichen Sozialisierung, Dosenwurst in verschiedenen Sorten, welche in der Vergangenheit als „Bauerngold“ gepriesen wurden. Kühl und in unbeschädigten Dosen ist hier eine sehr lange Haltbarkeit gegeben. Mengeneempfehlung: 1,5 kg.

Sonstiges (nach Belieben): Zucker, Süßstoff, Honig, Marmelade, Schokolade, Jodsalz, Fertiggerichte (z. B. Ravioli, getrocknete Tortellini, Fertigsuppen), Kartoffeltrockenprodukte (z. B. Kartoffelbrei), Mehl, Instantbrühe, Kakaopulver, Hartkekse, Salzstangen. Anmerkung des Verfassers: Nutzen Sie den kleinsten Platz auf Balkon und Fensterbank zum eigenen ergänzenden Anbau von Gemüse.



Bild: Envato

Überlegen Sie, gemeinsam mit Ihren Nachbarn, ob vorhandene Gartenflächen zum gemeinsamen Anbau von Gemüse genutzt oder wiederhergestellt werden können. Nutzen Sie zur Bewässerung das aufgefangene Regenwasser. Ohne Strom nichts los?

Ausgefallene Heizung: Hier lässt sich mit warmer Kleidung die Kälte vorübergehend überbrücken. Wer im ländlichen Odenwald überbrücken. Wer im ländlichen Odenwald einen Kamin oder Ofen zu Hause hat, sollte einen ausreichenden Vorrat an Holz, Kohle und Briketts zu Hause haben.

Das Licht fällt aus: Hier sind stromunabhängige Lichtquellen sehr wichtig. Deshalb besorgen Sie sich Kerzen und Streichhölzer bzw. Feuerzeuge, um eine Lichtquelle zu haben. Achtung: bitte die Kerzen nie unbeaufsichtigt lassen und eine feuerfeste Unterlage nutzen. Ergänzend sind Batterietaschenlampen, Kurbeltaschenlampen oder aufgeladene Solar-

lampen eine gute Unterstützung.

Kalte Küche: Für kleinere Mahlzeiten kann Ihnen hier ein Campingkocher gute Dienste erweisen oder Ihr Garten- und Tischgrill (mit Holzkohle oder Gas) verwendet werden.

Vorsicht Erstickungsgefahr: Grillen Sie ausdrücklich NICHT im Haus bzw. in der Wohnung. Auch hier ist ein ausreichender Brennstoffvorrat einzuplanen.

Häusliche Bargeldreserve: Da bei einem Stromausfall keine Bankautomaten funktionieren, ist die häusliche Bargeldbevorratung, entsprechend dem persönlichen Ausgabeverhalten, zu planen.

Dies ist nur ein kurzer Einblick in die wichtigsten Teilbereiche zum Thema „Notvorrat“. Eine umfassende und vollständige Information steht Ihnen unter www.bbk.bund.de zur Verfügung.

Hintergrundwissen Inflation

- warum Werte von über 10% nicht überraschen

Seit langem ist mit einer Inflation von bis zu 12% zu rechnen. Darüber wurde und wird leider kaum berichtet. Anfang des Jahres gab es noch niemanden, dem man die Schuld für die Inflation in die Schuhe schieben konnte, so dass es an unseren gewählten Volksvertretern hätte hängenbleiben können. Jetzt wird der unzweifelhaft zu verurteilende Angriffskrieg auf die Ukraine als Erklärung und Putin als Schuldiger angeführt.

Warum eine derartig hohe Inflation schon lange absehbar ist, steht im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Quantitätsgleichung. Diese besagt, dass das Preisniveau multipliziert mit dem Bruttoinlandsprodukt der Geldmenge multipliziert mit ihrer Umlaufgeschwindigkeit entsprechen muss (Preisniveau x Bruttoinlandsprodukt) = (Geldmenge x Umlaufgeschwindigkeit).

Die seit Jahren durch die Banken, auf Druck der Staaten, ausgeweitete Geldmenge müsste das Preisniveau steigern. Es gäbe also eine Inflation. Um eine Preissteigerung zu vermeiden, muss gemäß obiger Formel ein Sinken der Umlaufgeschwindigkeit erreicht werden! Dies wird beispielsweise durch eine zusammenbrechende Wirtschaft bewirkt. Eine reduzierte Umlaufgeschwindigkeit entsteht auch

durch die Verwendung von Geld nicht nur als Zahlungsmittel, sondern als Mittel zur Wertaufbewahrung. Es bedeutet, dass Geld weniger oft den Besitzer wechselt. Es wird gebunden. Seit der Finanzkrise fluten die Notenbanken die Märkte mit Geld. Doch das frische Geld kommt nicht bei den Konsumgütern und den Bürgern an, sondern wird von den Wohlhabenden auf die Finanzmärkte abgezweigt. Ob Immobilien, Aktien, Rohstoffe – in allen Assetklassen gingen die Preise nach oben. Berechnungen des Flossbach von Storch Research Instituts zufolge lagen die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland zuletzt um 7,5 Prozent über ihrem Vorjahresniveau, die Preise für Betriebsvermögen schossen gar um mehr als 14 Prozent nach oben. Die Börsen erreichten trotz brachliegender Wirtschaft neue Höchststände. Warum wohl? Wer genügend Kapital hatte, um in Gold, Aktien, Immobilien oder Kryptos zu investieren, konnte sein Vermögen in 10 Jahren mindestens verdoppeln. Diejenigen, für die es nur fürs Spargbuch reicht, können mit den Negativzinsen nicht mal die geringe Inflationsrate ausgleichen! Es findet ein staatlich sanktionierter Raubzug statt, der rasend schnell Vermögen von unten nach oben umverteilt!

Berechnung der persönlichen Inflation



Bild: Freepic

Die offizielle Inflationsrate ergibt sich aus dem Preis eines durch das Statistische Bundesamt definierten Warenkorb. Darin fließen beispielsweise Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Strom, Telekommunikation, Freizeit Ausgaben und Rohstoffe wie etwa Benzin und Heizöl sowie staatliche Gebühren und Steuern ein. Zu diesem Warenkorb ist zu sagen, dass er erstens völlig unrealistisch ist und zweitens, dass er immer wieder angepasst wird. Viel interessanter ist es, sich seine eigene Inflationsrate zu berechnen. Denn wer beispielsweise viel Auto fahren muss, muss den Wert für Benzin höher ansetzen. Möglich ist

das im persönlichen Inflationsrechner des Bundesamts für Statistik (<https://service.de.statistik.de/inflationsrechner/#wohnen>). Diesen persönlichen Rechner möchte ich jedem Leser ans Herz legen. Zum einen, weil er auch die Preisentwicklung der einzelnen Kostentreiber darstellt. Zum anderen, weil man sehen kann, mit welchen unrealistischen Annahmen die „offizielle“ Inflationsrate errechnet wird. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass ein durchschnittlicher Haushalt nur 20% seiner monatlichen Ausgaben für Kaltmiete aufwenden muss und mit 10% für Nahrungsmittel auskommt!

Aufruf zum Eintritt in den Deutschen Patientenschutzverband Natürlich Gesund Werden Für Alle e.V. (Ngwfa)

Die Impfkampagne trotz hochgefährlicher und bei Omikron fast komplett unwirksamer Impfungen zeigt es deutlich: Wir brauchen eine pharmunabhängige und patientenorientierte Interessenvertretung für Patienten und Versicherte, d.h. für uns!

Die Coronakrise hat nur offenbart, was sonst ein großes Problem ist: Die Pharmahersteller nehmen zu viel Einfluss auf „die Wissenschaft“, denn viele Studien werden manipulativ gestaltet und Ergebnisfälschungen gibt es ebenfalls sehr häufig. Die Pharmahersteller sind weltweit eng verzahnt mit sehr vielen Regierungen (Lobbyismusproblem), besonders in Amerika, Deutschland und Europa und bestimmen nicht selten viel zu sehr deren Politik (so Horst Seehofer in einem Interview).

Dies kostete bereits vor Corona jährlich mindestens 50.000 Patientenleben in Deutschland und durch die Impfungen sind es über 100.000 geworden. Dieser „Blutzoll“ ist zu hoch. Wir Bürger müssen uns schützen vor falscher Wissenschaft und Gesundheitsministern mit Lobbyismuszusammenhang.

Dies können wir nur ändern, wenn es eine starke Patientenlobby gibt, die unsere Interessen vertritt.

Mit 30€ Förderbeitrag/Jahr investieren Sie in mehr Sicherheit im Gesundheitswesen und für eine patienten- und auch ursachenorientierte Gesundheitsreform.

Ngwfa tritt aktuell insbesondere ein:

- für Impfstopp sofort – Ende unsinniger und ineffektiver Maßnahmen
- für sofortigen Rückruf aller Chargen, da die allermeisten davon verunreinigt waren, wie sich bei mikroskopischen Untersuchungen herausstellte
- für den sofortigen Impfstopp - zu viele Todesfälle und Nebenwirkungen!
- für eine grundsätzlich freie Impfscheidung!
- für die Abschaffung der institutionsbezogenen Impfpflicht!
- für die sofortige Entlassung von Lothar Wierler, Karl Lauterbach und der Leitung des Paul Ehrlich-Institutes!
- für den Schutz von Risikogruppen durch Analyse der wahren Ursachen der Risiken und

durch spezifische Vorbeugung!

- für eine echte Wissenschaftsreform incl. unabhängiger Kontrollen von Pharmastudien: Zu viele davon sind manipuliert oder falsch angelegt!
- für eine Gesundheitsreform, die die Individualität der Menschen und die Ursachen von Erkrankungen berücksichtigt
- für mehr Patientenrechte
- für die Übernahme der Kosten von natürlichen Heilmethoden und nebenwirkungsarmen Therapieverfahren, sowie der dort nötigen Arzneien durch die gesetzliche Krankenversicherung, wenn diese der Behandlung einer Erkrankung oder deren Vorbeugung dienen
- für mehr Wissen über Gesunderhaltung, Krankheits-Ursachenprävention und -Ursachenbehandlung und nebenwirkungsarme Verfahren in den medizinischen Ausbildungen, d.h. für mehr Ganzheitlichkeit
- für mehr Gesundheitswissen an Schulen und gesündere Lernumgebung
- für mehr Mitbestimmungsrechte von Patienten, die nicht nur „Beitragszahler“ sondern

auch die „Opfer“ von oft unzureichender Medizin sind.

Auf unserer Webseite und bei Telegram finden Sie weitere Forderungen, die das Gesundheitswesen sicherer und auch effektiver machen würden:

www.natuerlichgesundwerdenfueralle.org
t.me/Deutscher_Patientenschutzverband

Bitte immer beherzigen:

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Und: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! Wenn Millionen Menschen aufstehen und zusammen etwas Richtiges wollen, dann wird es auch wahr!

Dr. med. Sonja Reitz, Geschäftsführerin



Bürgerinitiative für eine ganzheitlichere und humanere Medizin e.V. 

pharmunabhängig / patientenorientiert / parteineutral



Neun-Euro-Ticket? – Da geht auf Sylt der Punk ab!

„panem et circenses“. Frei übersetzt kennen wir diesen lateinischen Ausdruck als „Brot und Spiele“. Dies fällt dem kritischen Betrachter an Pfingsten zu dem vom Neun-Euro-Ticket verursachten Bahnchaos in Deutschland ein. Im Jahr 2020 fand es bei den Geisterspielen der Bundesliga seine Anwendung, um die Bevölkerung ruhig zu halten.

Doch der Reihe nach. Wie kam es dazu? Der Koalitionsausschuss verständigte sich auf ein zweites Entlastungspaket (23.03.2022), mit einem darin enthaltenen Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten.

Hier wurde auch die dreimonatige Laufzeit (01.06. bis 31.08.2022) eines Neun-Euro-Tickets mit einem Budgetvolumen von 2,5 Mrd. Euro eingearbeitet. Doch im Vorfeld mahnte schon der Vize-Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der DB Regio Schiene/Bus, Ralf Damde. „Wir haben nur begrenzte Ressourcen an Maschinen und Personal. In der Sommerzeit, in der die Bahn ohnehin schon sehr stark genutzt wird, werden wir, bei dem erwarteten zusätzlichen Andrang, überall in der Republik Probleme bekommen“, prophezeierte er. Dieses für den Nahverkehr konzipierte Ticket kritisierte im Vorfeld selbst der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Rein-

hard Sager. Er betrachtet die Einführung des 9-Euro-Tickets für 90 Tage mit „großer Skepsis“, heißt es in einer Mitteilung. Der Präsident sagte: „Es handelt sich dabei um eine nur mit viel Aufwand umzusetzende politische Entscheidung, die kaum einen nachhaltigen Effekt haben wird.“ Er fügte hinzu: „Besser wäre es gewesen, die dafür ausgegebenen Milliarden in die Ertüchtigung des Streckennetzes und eine enge Taktung zu investieren.“

Es kam, wie es kommen musste: Über Pfingsten spielten sich auf den Hauptreiserouten dramatische Szenen in übervollen Zügen ab. Menschentrauben auf den Bahnsteigen und sich in die Züge quetschende Bahnreisende. Dies verunmöglichte allzu oft die pünktliche Abfahrt, so dass die Bundespolizei einschreiten musste. Die sich auf Sylt feiernden Punks gehen in diesem Zusammenhang als prägendes Bild in die Geschichtsbücher ein.

Das sich als Strohflecken entlarvende Instrument des Neun-Euro-Tickets sagt sehr viel über den Regierungsstil der Gegenwart aus:

1. Das missbrauchte Kurzzeitgedächtnis der Mehrheitsgesellschaft

Die Politik lebt von Umfragewerten, verbunden mit der im Alltagsstress gebundenen Bevölkerung. Dadurch ist perspektivisch ausgeglichene Politik von den Mandatsträgern nicht



Bild: Freepic

vorteilhaft und somit nicht gewollt

2. Fehlende Gemeinwohlorientierung der Politik

Für eine nachhaltige Entwicklung wäre die Ertüchtigung des Bahnnetzes sinnvoll. Angesichts der hohen Preise für Lebensmittel, wäre die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel ebenfalls gemeinwohlergend.

3. Das Regierungsnarrativ der Pandemiebekämpfung wurde ausgeblendet

Der umstrittene Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist als Hardliner der sogenannten deutschen „Pandemiepolitik“ bekannt. Die

Bundesregierung macht sich in diesem Zusammenhang unglaublich und beschädigt sich weiter nachhaltig.

FAZIT: Aktuell mangelt es in der Bundesregierung an nachhaltiger und der Bevölkerung dienlicher Politik.

„Wider den Gehorsam“ - geschrieben von Arno Gruen (1923-2015): ein Buch, das uns Mut macht und den Weg aus der Krise zeigt

Das kleine Buch, erschienen bei Klett-Cotta, mit der ISBN 978-3-608-94891-2 umfasst nur 90 Seiten, enthält aber eine Menge „Futter“. Die aus dem Buch zitierten Passagen sind mit „ gekennzeichnet.

Immer wieder in meinem Leben habe ich mich gefragt, wie es in so vielen Teilen der Welt und zu allen Zeiten zu Unmenschlichkeiten kommen konnte und was die Menschen zum „Mitmachen“ bewegt? Warum hinterfragen so viele Menschen die Corona-Geschichte nicht und glauben auch die Affenpocken-Mär?

Die Erklärung für all das, für den zum Teil blinden Gehorsam, mehr noch, das Rechtfertigen jedweder nicht erforderlicher, ungeeigneter oder unverhältnismäßiger Maßnahme als nötig, gut und fürsorglich vom Staat, liegt – wie so vieles – in unserer frühesten Kindheit.

Den Eltern und ihrer Autorität ausgeliefert, sichert der Gehorsam dieser Autorität gegenüber ein versorgt und beachtet werden.

„...Gehorsam ist immer Unterwerfung unter den Willen eines anderen, weil dieser Macht über einen hat...“

Arno Gruen schreibt dazu: „...Eine Todesangst sucht das Kind heim. Es kann nicht damit leben, dass die Eltern sich von ihm zurückziehen.... Es übernimmt, um seine Verbindung aufrechtzuerhalten, die Erwartungen der Eltern. Auf diese Weise wird das seelische Sein eines Kindes in seiner autonomen Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit geradezu ausgelöscht...“

„...Ein Kind fängt an, seinen Unterdrücker, den Aggressor, zu idealisieren, ihn zum Objekt der



Bild: Rubikon

Identifikation zu machen...“.

Diese Entwicklung prägt das kindliche Empfinden nachhaltig, denn die eigenen erlebten Gefühle müssen vom Kind unterdrückt werden, die elterlichen Bedürfnisse und Gefühle müssen stattdessen befriedigt werden. So lernt das Kind mehr auf die Wünsche der Autorität zu achten, als auf die eigenen. „...In Zeiten von ... Existenzängsten ... dringen diese Ängste wieder ins Bewusstsein.“ „Erneut unterwerfen wir uns – wie früher – demjenigen aus Angst, der auf uns Zwang ausübt, um von ihm gerettet zu werden.“ Schlimmer

noch „das innere Regen nach Freiheit...“ wird mit „Ungehorsam gegenüber der Macht gleichgesetzt...“. Alles was dieses Dilemma und vor allem die dahinterliegenden Ängste aufdecken könnte, muss bekämpft werden – das erklärt, warum Querdenker, Spaziergänger oder Kritiker von vielen Menschen beschimpft werden. Ihr kennt sicher die Experimente von Milgram, in denen 65% der Probanden den Anweisungen ohne große Einwände folgten. Arno Gruen schreibt dazu: „Gehorsam“, wie Milgram schrieb, „ist der psychologische Mechanismus, durch den individuelles Handeln an politische Zwecke

gebunden wird.“ Er ist der Zement, der die Menschen an Autoritätssysteme bindet und ein tiefverwurzeltes Verhalten erzeugt, das ethisches Empfinden und Mitgefühl zunichtemacht...“

65% folgen gehorsam, das bedeutet aber auch, dass 1/3 der Menschen nicht pathologisch gehorsam ist. Mehr noch. Arno Gruen schreibt uns quasi eine Anleitung, wie wir den „Kampf gegen den Gehorsam“ erfolgreich führen können...aus diesen Gründen muss der Kampf gegen den Gehorsam nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit den Gefühlen ... ausgestattet werden. Damit ist ganz allgemein die Empathie gemeint: Unsere Fähigkeit, mitfühlend auf unsere Umwelt einzugehen. Dies bietet nicht nur jenen die Stirn, die ihrem blinden Gehorsam ergeben sind, sondern es zielt auch auf ihre eigenen, verschütteten empathischen Möglichkeiten...“. Weiter schreibt er „... Milgram erbrachte den Nachweis, dass sich diese Wahrnehmungen, die empathiegesteuert sind, wider Erwarten bei den Gehorsamen – nämlich ungefähr der Hälfte von zwei Dritteln – manifestieren...“

Mein Fazit:

- 1.) Ein sehr lesenswertes Buch
- 2.) Arno Gruen schreibt (und ich stimme ihm unumwunden zu): „...Das gibt Hoffnung. Mitgefühl und menschliche Zuwendungen widerstehen nicht nur dem Gehorsam und treten ihm entgegen; sie können Gehorsam auch zurückdrängen. Das Überleben des Menschen hängt von unserer Fähigkeit ab, Mitgefühl und Liebe zu leben und nicht von Gehorsam abhängig zu sein oder zu bleiben...“

Impfnebenwirkungen der sogenannten „Impfstoffe“ gegen Covid-19

Aktuell scheint es, als ändere sich der Zeitgeist, als lichte sich der Schleier des Schweigens. Die Mainstream-Medien berichten noch zögerlich, aber immer häufiger von Impfnebenwirkungen und -schäden der vermeintlichen Covid-Impfstoffe.

Trotzdem scheint das Thema noch immer ein gesellschaftliches Tabu zu sein. Zu sehr wurde die Impfung zu einem Kult stilisiert; die Zweifler und Kritiker als Verschwörungstheoretiker und Spinner gebrandmarkt. Kritiker der autokratischen Impfgenda, die sich trotzdem öffentlich äußerten, wurden einfach aus ihren Ämtern entfernt. Als nur ein Beispiel sei der ehemalige Vorstand der BKK ProVita, Andreas Schöfbeck, genannt. Dieser hatte beim Sichten der Abrechnungs-codes von 11 Mio. Patienten eine bis zu zehnfache **Unter Erfassung von Impfnebenwirkungen** durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) festgestellt.

Statt seine Aussagen zu prüfen oder gleich zu widerlegen, wurde der Mann durch den Verwaltungsrat fristlos entlassen! Es wundert also nicht, dass man immer noch wenig von den negativen Folgen der mRNA-Spritzen liest. Sprach der BKK ProVita-Vorstand noch von einer 10fachen Untererfassung, geht der Charité-Professor Harald Matthes inzwischen davon aus, dass die Zahl schwerer Komplikationen sogar 40mal höher ist, als das PEI offiziell angibt. Der Studie nach kämpfen acht von 1.000 Geimpften mit schweren Nebenwirkungen wie neurologi-

schen Störungen, Überreaktionen des Immunsystems oder der häufig auftretenden Herzmuskelentzündung Myokarditis. Den oben genannten Zahlen nach ist es nur folgerichtig, dass auch im Rhein-Main-Gebiet sehr viele Menschen betroffen sind. Es erreichen uns Berichte u. a. von plötzlichen Schlaganfällen, gelähmten Körperseiten, Störungen des Sprachzentrums, Ohnmachtsanfällen, retrograden Amnesien, Mikrothrombosen, geschädigten Immunsystemen, krankhaften Veränderungen der Blutkörperchen, starken Gliederschmerzen, Schmerzen im Brustraum, Kurzatmigkeit, ...

Viele der Berichte zeigen Parallelen auf: Was sich bei allen Erzählungen wiederholt ist, dass die Betroffenen mit ihren Beschwerden von ihren Ärzten nicht ernst genommen werden. Dies ist eine besonders besorgniserregende Entwicklung. Viele Menschen haben sich aufgrund des Vertrauensvorschlusses gegenüber den Ärzten impfen lassen und genau dieses Vertrauen wird nun aufs Übelste zerstört. Bei den Recherchen zu diesem Artikel war zu spüren, dass es sich bei dem Thema um ein heißes Eisen handelt. Die Bemühungen waren aber nicht umsonst, es melden sich immer mehr Menschen, die betroffen sind. Jüngst sah sogar die offizielle Seite genötigt, den immer offensichtlicher werdenden Problemen Beachtung zu schenken und kreierte flugs den Namen „**Post-Vac-Syndrom**“. Welch perfider



Bild: Envato

Versuch, dem Kind einen wohlklingenderen Namen zu geben, gibt es doch auch schon das „Long-Covid-Syndrom“. Da können sich die Marketingabteilungen der Ministerien noch so ins Zeug legen: Es sind und bleiben Impfschäden und -nebenwirkungen, ausgelöst durch die experimentellen Stoffe, mit nur bedingter Zulassung.

Passend hierzu noch zwei Blicke in die USA: Dort sorgt gerade der Impfstoff „**Novavax**“ für Aufregung. Wir erinnern uns: Novavax ist der Impfstoff, den uns Gesundheitsminister Lauterbach als Totimpfstoff verkaufen wollte, obwohl er gar keiner ist. Unverblümt twitterte er kurz vor der Zulassung in Deutschland:

„Stimmt zwar. Aber weil so viele Ungeimpfte nur Totimpfstoff wollen, warum auch immer, wird bald erhältliches Novavax als solcher bezeichnet.“ – diese Aussage sagt viel über die Integrität und die Absichten unseres

Dauer-Panik-Ministers aus.

Und eben dieses Mittelchen steht, laut einer von der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel (FDA) veröffentlichten Analyse, im Verdacht, noch häufiger eine Myokarditis auszulösen, als die mRNA-Impfstoffe.

Wenn auch Sie betroffen sind oder Mitmenschen kennen, die nach den „Impfungen“ gesundheitliche Probleme haben und über ihre Erfahrungen selbst berichten möchten, melden Sie sich bei uns - Ihre Geschichten müssen Gehör finden. Wir garantieren die von Ihnen gewünschte Diskretion.

Aber beeilen Sie sich: Schon steht mit dem 23.07.22 von der WHO weltweit ausgerufenen „**Affenpockenpandemie**“ die nächste grausame Impfdruckagenda an. Für diese sollen wir und unsere Kinder wieder Maske tragen, daernten und (natürlich!) nebenwirkungstark mehrfachimpfen lassen: !!! **S-T-O-P!!!**

Propaganda - Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit, heißt es



Bild: Pixabay

Mit Rhetorik wird die Lehre von der Redekunst beschrieben. Diese hat das Ziel, die Gedanken so wirkungsvoll zu erörtern, dass der Angesprochene überzeugt wird. Im Gegensatz dazu ist Propaganda die gezielte Beeinflussung von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt immer eigene Interessen.

Militärs (und Politiker) machen von Propaganda Gebrauch, um von der Richtigkeit ihres Handelns zu überzeugen. Sie betonen die vermeintliche Notwendigkeit eines Krieges (oder einer Impfung) wegen der Sicherheit der Bevölkerung. Gleichzeitig werden alle anderen Aspekte, wie eigene Macht- und Wirtschaftsinteressen, Niedergang der Wirtschaft oder Vorteilsnahme ausgeblendet. Propaganda wird auch eingesetzt, um die

Kampfbereitschaft aufrechtzuerhalten. Dazu werden die Bedrohlichkeit und Abscheulichkeit des Feindes hervorgehoben. Gegenüber dem Gegner verfolgt Propaganda das Ziel, die Moral der gegnerischen Bevölkerung zu schwächen oder durch die Verbreitung falscher Informationen den Gegner zu täuschen. Propaganda wird gemäß den westlichen Medien vor allem in autoritären und totalitären Staaten gesehen. Dort sei Propaganda meist verbunden mit anderen Formen staatlicher Informationskontrolle wie direkter Zensur, Monopolisierung der Medien oder Verfolgung Andersdenkender. Ein Schelm, wer daran glaubt, das Vergleichbares in der Bundesrepublik auch der Fall sein könnte.

Kriegsrhetorik ist in aller Munde! Adjektive wie „tapfer“ und „unbeugsam“, die im Zusammenhang mit Kriegen verpönt waren, sind zu gängigen Umschreibungen für den positiven (!) Widerstand geworden. Tapfere und unbeugsame Querdenker und Montags-spaziergänger werden dagegen als Nazis, Reichsbürger und Aluhutträger diskreditiert oder ignoriert.

Die Terminologie des Krieges gehörte bisher nicht zum Unterhaltungsprogramm in den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Nun erscheinen stündlich ehemalige Generäle und erläutern die Welt des Krieges - ähnlich wie zu Beginn der Corona-Pandemie plötzlich Virologen aus dem Nichts auftauchten. „Der Krieg ist auch ein Kampf um Worte“, sagt Politikwissenschaftler Korte. „Es kann ja zum Beispiel auch niemand wirklich definieren, was nun genau schwere Waffen sind. Oder Offensiv- und Defensiv-Waffen - was bittschön ist da der Unterschied?“ Und ich möchte ergänzen:

Was bitte ist der Unterschied, von wem diese eingesetzt werden? Jeder Sprengkopf tötet

Menschen und erzeugt unendliches Leid. Und dies ist durch nichts zu rechtfertigen. Daran kann auch keine noch so ausgeklügelte Propaganda etwas ändern. Bleibt zu hoffen, dass mehr Menschen auf die abscheuliche Wirkung der Waffen und weniger auf die Worte schauen, mit denen deren Einsatz begründet wird.

Gründe für militärische Operationen lassen sich schließlich leicht finden, wenn nur noch zwischen Gut und Böse unterschieden wird. Darunter leidet jegliche Differenzierung, die insbesondere dann, wenn es um komplexe Entscheidungen geht, dringend geboten ist.

Dies war zuletzt bei Corona der Fall und wird aktuell auch hier wieder praktiziert.

Hoffnungsvoll stimmt, dass sich in den Jahren 2022 ff. immer mehr Menschen kritisch und differenziert mit diesen Themen auseinandersetzen werden. Politiker reden immer sehr viel über "das Alternativlose" und "das letzte Mittel": Es liegt somit an jedem Einzelnen und an uns allen gemeinsam, Alternativen einzufordern und diese auch selbstbewußt vorzuleben.

GROSSDEMONSTRATION in HANAU
Samstag 27.08.2022 · 11:00 Uhr
 Aufzug mit Musik & Durchsagen - Kundgebungen am Freiheitsplatz



Treffpunkt:
 August-Schärtner-Halle
 Martin-Luther-King-Straße 48
 63452 Hanau
 - Parkplätze vorhanden -

Mit anschließendem Protestmarsch ab 12:00 Uhr durch die Innenstadt. Pause am Freiheitsplatz für Kundgebungen.

Für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung

Die Demonstration ist angemeldet. Alles was Lärm macht ist erlaubt: Trommeln, Pfeifen, Rasseln usw. Sagt eure Meinung mit Plakaten und seid laut. Wir wollen gehört werden.

Bundesverfassungsgericht Hüter des Grundgesetzes oder Steigbügelhalter der Regierenden?

Die im Kontext der Coronaproblematik durchgesetzten Einschränkungen unserer Grundrechte hätten vom **Bundesverfassungsgericht (BVG)** abgeschmettert werden müssen. Verstößen die Gesetze und Verordnungen doch gegen elementare, grundgesetzlich garantierte Menschenrechte.

Hätten wir im Land auch nur ein halbwegs funktionierendes BVG mit den dafür notwendigen unabhängigen Richtern, so wäre eine derart zerstörerische Politik der Machthabenden undenkbar. Es werden aber nur noch abhängige Richter in diese einflussreiche Position gebracht. Ansonsten könnte ja die Politik hier im Lande, generell hart an der noch tolerierbaren Grenze der Verfassungswidrigkeit ausgelegt, entlarvt werden.

Wenn die wichtigste Voraussetzung für die Karriere ein systemkonformes Verhalten ist, haben wir, genauer besehen, eine Meinungs-diktatur! Nach Plato haben wir es mit dem gefährlichsten Unrechtsstaat zu tun, der sich darauf verlegt hat, Grundrechte nur vorzutäuschen. Das ist das Gegenteil unserer römisch-christlichen Kultur, auf die wir alle so stolz sein könnten, wenn wir sie noch hätten. Es entsteht bei vielen von uns unweigerlich der Eindruck, als nützen Parteipolitiker die selbst geschaffenen Notlagen aus, um willkürlich, unbehelligt und deshalb auch ohne Skrupel sich selbst oder Dritten Vorteile zu verschaffen. Eine derart korrupte Selbstbedienungsdemokratie geht zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler und führt letztlich zur Erosion des Rechtsstaats. Dies zeigt sich auch an den ausufernden Systemnarrativen,



Bild: BVG.de

welche eine ausgewogene, politische Berichterstattung ersetzt haben. So geschehen bei Corona und beim Thema CO₂, oder aktuell bei der propagandistischen Berichterstattung über die Militärinterventionen Russlands in der Ostukraine: Russland ist nicht unser aller geborener Erzfeind und die hier bei uns im Landkreis lebenden Russen (und Ukrainer) sind unschuldig am Krieg. Ihnen sollten wir auch weiterhin respektvoll begegnen. Distanz halten sollten wir vielmehr zu der aktuellen

Berichterstattung und stattdessen in den direkten Austausch mit unseren Mitbürgern gehen.

Die beschrittenen Abwege des sogenannten "besten je auf deutschem Boden etablierten Rechtsstaats" müssen umgehend verlassen werden. Dies in einem politischen Diskurs zu erörtern, wird uns allen verwehrt. Über die daraus resultierenden, lebensbedrohenden Konsequenzen wundert sich kaum jemand mehr. Wenn die Regierung wider Erwarten anstel-

le der erwünschten, echten Lösungen, neue, gefährlichere Probleme produziert, dann liegt die überfällige Lösung darin, bei unseren obersten Richtern für Unabhängigkeit und Fachkompetenz zu sorgen. Darüber hinaus sind eine wirklich demokratisch eingerichtete Gewaltentrennung, ein darauf aufbauender Rechtsstaat, politisch frei entscheidende Justiz, die Bindung aller staatlichen Gewalt an Recht und Gesetz, sowie werthaltige Grundrechte zwingend erforderlich. Diese müssen in jedem Einzelfall vom BVG verteidigt werden. Notwendig wäre die Einsetzung von durch die Bürger direkt gewählten, unabhängigen Richtern. Ohne den Fachmann in der Rechtsanwendung, charakterlich integer, völlig unabhängig, allein der Wahrheit und seinem Gewissen verpflichtet, als solcher unter einer Auswahl von in etwa gleich gearteten Bewerbern von einem unabhängigen Gremium gewählt, ist dieser im Gesetz beschriebene und vorgesehene Richter nicht in Person zu finden. Hier liegen zwischen der Praxis und dem Ideal Welten. Eine dies ändernde Gesetzesinitiative ist ein interessantes Thema für eine Volksbefragung, mit der die notwendigen Verbesserungen erreicht werden könnten.



Neue Normalität über den Umgang mit neueren Parteien



Bild: Freepik Premium

Warum ich diesen Artikel gut schreiben kann, ohne Gefahr zu laufen, Parteienwerbung machen zu wollen: Ich bekenne mich dazu, überzeugter Nichtwähler zu sein. Ich war mit 18 einmal DKP Mitglied und dann war ich ein paar Jahre in der SPD. Bis vor nicht allzu langer Zeit war ich der Überzeugung, dass mein Herz links schlägt. Seit einigen Jahren allerdings ist für mich das politische Koordinatensystem nicht nur aus den Fugen geraten, weil etliche vermeintlich Linke tatsächlich reden und handeln wie Ultrarechte und umgekehrt. Ist ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass dieses politische Koordinatensystem ausschließlich in einer zweidimensionalen Welt existiert?

Links, rechts, vorne, hinten – all das sind Koordinaten auf einer Fläche. Sobald wir eine dritte Dimension dazu geben, fällt dieses Koordinatensystem in sich zusammen und verliert jedweden Sinn. Mir geht es hier allerdings um etwas anderes. Die Grünen wurden 1980

gegründet. 1983 schafften sie den Einzug in den Bundestag und überraschten das politische Deutschland mit unkonventionellem Äußeren, außergewöhnlichem Gebaren und neuen, bis dato unbekanntem, Regeln. Joscha Fischer ließ sich 1985 zum hessischen Umweltminister erklären und erntete in Jeans und Turnschuhen noch Häme und Empörung. Weniger als 15 Jahre später war er Außenminister Deutschlands und stritt für einen Eintritt in den völkerrechtswidrigen Jugoslawienfeldzug. Wer würde heute noch Aussagen über die Grünen machen, wie wir sie einst von Franz Josef Strauß gehört haben, der meinte, sie wären „Ratten und Schmeißfliegen“? Die Grünen gehören zur Normalität im politischen Alltag. Es hat dafür fast 20 Jahre gebraucht, aber der Prozess ist abgeschlossen.

Ebenso verhielt es sich mit der Partei der Linken. 1989 wurde die ehemalige SED aus der DDR in PDS umbenannt (Partei des demokratischen Sozialismus). Als diese in den ersten

Bundestag einzog gab es ebenfalls von Empörung bis Häme alles, was sich eine Partei vorstellen konnte. So wie die Grünen viele Jahre die Schmutzkind der deutschen Politik waren, war es jetzt die PDS. Das änderte sich auch nicht nach der Fusion mit der westdeutschen WASG von Oskar Lafontaine. Die Änderung des Parteinamens von PDS zu „Die Linke“ konnte das auch nicht verhindern. Über viele Jahre war die Linke politisches Sperrgebiet. Mittlerweile sitzt die Linke in diversen Länderregierungen und ist im politischen Apparat Deutschlands voll akzeptiertes Mitglied. Manche Dinge brauchen offensichtlich Zeit, damit die Menschen ihre Ängste verlieren. So ist es auch im Parteiensystem.

2013 wurde die AfD gegründet. Sie ist derzeit das bevorzugte Schmutzkind von Regierung und Mainstreammedien. Wenn es gilt, irgendjemand zu diskreditieren, ist das Framing der Nähe zur AfD schnell bei der Hand. Nächstes Jahr feiert die AfD ihr 10jähriges Jubiläum und existiert damit weit länger als es ihr politische Analysten prognostiziert haben. Die AfD ist aus dem politischen Alltag Deutschlands kaum wegzudenken, obwohl sie immer noch behandelt wird, als sei sie mit ihren Inhalten und ihrem Personal heutzutage das politische Sperrgebiet bzw. Tretenfeld. Wäre es nach 10 Jahren Mitgliedschaft in den meisten deutschen Parlamenten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene nicht endlich Zeit, sich auch mit der AfD auf eine Art neue Normalität einzulassen? Es darf doch jeder selbst entscheiden, ob die AfD eine Gefahr für unsere Verfassung sein könnte. Die Zahl der Wähler einer Partei, bzw. der Wähler anderer Parteien dokumentiert doch genau dies? Und ganz ehrlich: Wie könnte eine AfD unsere Verfassung mehr beschädigen, als

es die Regierungsparteien der letzten zwei-einhalb Jahre bereits getan haben? Ist die AfD verfassungsfeindlich? Lesen sie dazu den Verfassungsschutzbericht. Der sagt klar: „Nein“. Warum geht noch ein Raunen durch die Menge, wenn jemand zugibt, dass er AfD wählt, mit ihr sympathisiert oder sogar Mitglied bei ihr ist? Die AfD ist Teil unseres politischen Alltags und es wird Zeit, das zu akzeptieren. Ebenso verhält es sich mit anderen Parteien. Von den Parteien, die im Zuge der Corona Situation bekannt geworden sind, hat es „Die Basis“ zu dem wohl stabilsten und stärksten Faktor geschafft. Auch sie ist (egal, ob es ihr gelingen wird, irgendwann mal in ein Parlament einzuziehen) ein Teil des politischen Systems Deutschlands. Immerhin hat die Basis mehr Mitglieder als die AfD ;-) In Deutschland wurden schon immer irgendwo neue Parteien gegründet. Ein Wahlzettel heute sieht anders aus, als ein Wahlzettel aus den Siebzigern. Viele davon sind längst untergegangen, einige davon haben es geschafft. Das alles ist nichts Besonderes. Es wird endlich Zeit, damit umzugehen und es als Teil dieses Landes zu akzeptieren, der weder von selbst verschwindet, noch sich auf irgendeine andere Art eindämmen lässt.



Ein Loblied für die Wertschätzung

Bekommen Sie ausreichend Wertschätzung? Fühlen Sie sich im Umgang mit anderen ausreichend gesehen? Schenken Sie Wertschätzung an andere?

Die amerikanische Meinungsforschungsfirma „the gallup group“ führt alle zwei Jahre weltweite Studien zur Arbeitszufriedenheit durch. Die Zahlen in Deutschland sind seit über 10 Jahren konstant verheerend. 80% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind in und mit ihrem Job unzufrieden. Die Auswirkungen davon sind desaströs. Zwei Drittel der 80% sind leicht demotiviert und verzichten Dienst nach Vorschrift und etwa ein Drittel ist so unzufrieden, dass sie dem Unternehmen mehr schaden als nützen. Auch die Ursache davon ist leicht zu identifizieren. Es mangelt an der Befriedigung einiger zentraler Bedürfnisse, ganz besonders an gegenseitiger Wertschätzung.

Die Situation in den Unternehmen spiegelt wider, was nicht nur dort, sondern generell in unserer Gesellschaft der Normalfall ist. Wertschätzung findet kaum statt! In unserer Gesellschaft wird sich hauptsächlich auf das konzentriert, was nicht läuft und nicht auf das, was läuft. Nur 10% der Dinge da draußen sind wirklich nicht zufriedenstellend, diese Dinge machen aber 90% der Gesprächszeit zwischen Menschen aus. Und das, obwohl jeder das Gefühl der Enttäuschung und Frustration kennt, welches sich einstellt, wenn es an Wertschätzung mangelt. Wenn Sie sich vorstellen, dass Sie mit jedem Menschen, zu dem Sie eine Beziehung unterhalten (Merke: Man

kann nicht keine Beziehung zu jemand haben, den man kennt) eine Art Beziehungskonto haben, dann entscheidet sich auf diesem Konto, welche Ergebnisse Sie mit anderen zusammen erreichen und wie Sie diese Ergebnisse erreichen.

Nur funktioniert dieses Konto nicht wie ein kaufmännisches Konto, bei dem Sie einzahlen und abheben und beide Seiten gleich viel wiegen. Auf dem Beziehungskonto wiegt die Seite fürs „Abheben“ fünfmal so viel, wie die Seite für „Einzahlungen“. Wenn Sie also jemand kritisieren, müssten Sie dafür fünfmal wertschätzen, um die „Abhebung“ auszugleichen. Leider ist der Alltag in unserer Gesellschaft umgekehrt.

In der Regel kommt zwischen Menschen auf fünfmal Kritik einmal Wertschätzung. Dementsprechend sind die Konten der meisten Menschen zueinander im Minus und die Ergebnisse sind entsprechend. Auf das Konto „einzahlen“ ist dabei so einfach. Wertschätzung ist eben eine der großen Einzahlungen und Wertschätzung kann so verschieden zum Ausdruck gebracht werden. „Danke“ sagen ist eine Wertschätzung (wenn das „Danke“ aus echter Dankbarkeit erfolgt, nicht diese hohle Floskel, die wir unseren Kindern beibringen). Sich für jemanden interessieren und ihm Fragen stellen ist eine Form der Wertschätzung. Jemandem ein Lächeln schenken ist Wertschätzung. Sich Zeit nehmen ist Wertschätzung, und es gibt noch so viel mehr. Verwechseln Sie übrigens nicht Lob mit Wertschätzung. Lob ist sicher keine Wert-



Bild: Envato

schätzung, sondern eher das Gegenteil. Lob ist Ausdruck von Geringschätzung, denn Lob erfolgt von oben herab. „Gut gemacht“ heißt ja, dass es einen gibt, der weiß wie etwas gemacht wird und vermeintlich einen, der es nicht weiß und dem es gerade gesagt wird. Vergessen Sie also Lob.

Machen Sie doch einfach „Wertschätzung“ zu Ihrem Alltag. Sie werden sehen – es lohnt sich. Es fördert Ihre Beziehungen zu anderen, und Sie tun sich selbst den größten Gefallen, denn Menschen, die andere gerne und oft wertschätzen, sind erwiesenermaßen glücklicher im Leben. Und wussten Sie, dass Wertschätzung der größte Stresskiller ist? Wenn Sie andere wertschätzen, reduzieren Sie deren Stress merklich und wenn Sie gewertschätzt werden, reduziert das Ihren Stress.

Schauen Sie dabei zunächst im Wesentlichen auf alles das, was gut läuft und nicht auf das, was schlecht läuft. Bedanken Sie sich für Dinge, die Sie für selbstverständlich halten und schauen Sie den Menschen dabei ins Gesicht. Das macht süchtig.

Reden Sie mit anderen meist über die Dinge, für die Sie dankbar sind und über die Sie sich freuen, statt über all das, was Sie nervt und Ihnen auf den Wecker geht. Feiern Sie gemeinsam mit anderen das Gelingen und vor allem: Sagen Sie anderen so oft wie möglich, was Ihnen an Ihrem Gegenüber gefällt, was Sie mögen und dass Sie sich freuen, ihn zu sehen. **Ach ja – und vergessen Sie bei all dem nicht, sich selbst öfters wertschätzen.**

Fangen Sie heute damit an ♥

Einer der vielen Leserbriefe

Fragen Sie sich vielleicht, wofür oder wogegen ungeachtet der Beschimpfungen durch Politik und Medien als „Demokratiefeinde“ Woche für Woche Menschen in [...] zahllosen [...] Städten demonstrieren? Sie sind trotz Ferien, Freibadsaison und bestem Biergartenwetter auf der Straße, um gegen die Krankheits- und Kriegspolitik der derzeitigen Regierung laut zu sein.

Helmut Schmidt hat einmal sinngemäß gesagt, es sei besser, hundert Tage erfolglos zu verhandeln, als einen Tag zu schießen. Machen wir uns eigentlich bewusst, dass unsere „solidarisch“ gelieferten Waffen diesen Krieg verlängern und täglich weitere russische und ukrainische Leben kosten? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, dass die Sanktionen Deutschland ruinieren statt Russland? Hier wie dort trifft es die ganz normalen Menschen, die geschädigt werden, nicht die Machtausübenden.

Im Schatten dieses Krieges geht ein weiteres Thema leicht unter: Ist Ihnen bekannt, dass hierzulande zig Tausende durch die Impfpflicht im Gesundheitswesen ihren Lebensunterhalt und ihren Traum Beruf gegen ihre körperliche Selbstbestimmung eintauschen müssen? Dass sie seit März täglich mit Berufsverbot rechnen oder bereits gekündigt wurden? 2020 gefeiert, 2022 gefeuert? Haben Sie sich schon mal gefragt, warum man in den vergangenen zwei Jahren nicht Pflegekräfte aus Teilzeit und Berufsaufgabe zurückmotiviert hat? Für einen Bruchteil der Milliarden für die Pharmaindustrie? Verstehen Sie, warum wir anderen Menschen ins Leben helfen, sie beim Gesundwerden unterstützen, im Alter betreu-

en und beim Sterben begleiten können, aber unfähig sein sollen, verantwortungsbewusst mit unserer und der Gesundheit anderer umzugehen?

Finden Sie es richtig, dass junge Menschen sich trotz starker Nebenwirkungen nach den ersten beiden benötigten Injektionen während der Ausbildung nun ein drittes Mal spritzen lassen müssen, um zur Abschlussprüfung zugelassen zu werden? Irritiert es Sie auch, dass das Bundesverfassungsgericht seine Zustimmung zur einrichtungsbegrenzten Impfpflicht mit dem Schutz „Vulnerabler“ begründet, obwohl die Injektion keinen nennenswerten Fremdschutz bietet? Glauben Sie den Beteuerungen, dass Impfungen in der Schwangerschaft keinerlei unerwünschte Spätfolgen haben werden? Meinen Sie, dass sich Hebammen, Ärzte, Pfleger, Rettungssanitäter, Krankenkassenmitarbeiter und andere die Zunahme an Fehlgeburten, Herzinfarkten und Schlaganfällen nur einbilden? Denken Sie, dass all jene, die eher den Entzug ihrer Lebensgrundlage und ihre berufliche Existenz riskieren als die Injektion, einfach noch „besser aufgeklärt“ werden müssen? Dass man sie als „Sozialschädlinge“ bezeichnen sollte, die „ihren Verstand abgeschaltet haben“? Haben Sie eine Idee, was das mit Gesundheit und Menschenwürde zu tun hat?

Noch mal zum Verständnis: Wir demonstrieren für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Dazu gehört definitiv und unabdingbar eine freie Impfentscheidung. Und wir demonstrieren für Frieden. Für alle.

A. Scheib

Impressum / Redaktion

Hans-Martin Müller, Dirk Hüther, Sandra Hertweck, Christfried Krause, Sven Semmler, Diana Osterhage, Dr. Frank Michler, Chris Barth Grafik, Layout: Kerstin Hamberger, Katja Fornoff Herausgeber: Chris Barth, c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden Auflage: 20.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:

Die veröffentlichten Artikel (Stand teilw. Juni/ Juli '22) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr. Mail: redaktion@klartext-rheinmain.de Web: www.klartext-rheinmain.de Telegram: t.me/klartext_rheinmain

Liebe Leserinnen und Leser von „Klartext – Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet“

Nun ist die zweite Ausgabe unserer Zeitung fertig und auch als Onlineausgabe veröffentlicht.

Die Erstellung einer solchen Zeitung ist mit einigem finanziellen Aufwand verbunden. Wenngleich die Onlineausgaben von Homepage und Telegram-Kanal kaum Kosten verursachen, so haben wir ja noch die gedruckte Ausgabe zu finanzieren, welche in der Zwischenzeit mit mehr als 20.000 Exemplaren erscheint. Da wir alle ehrenamtlich schreiben und die Zeitung erstellen, entstehen über die Druckkosten hinaus keine Kosten. Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung, um zu gewährleisten, dass mindestens alle zwei Monate eine ansprechende Druckausgabe erscheinen kann.

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Diese finanzielle Unterstützung kann auf drei Arten erfolgen:

- Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
- Über unser Konto für Schenkungen, welches wir für solche Zwecke eröffnet haben, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten: IBAN: DE15 5003 0700 4069 7455 50 Kontoinhaber: Chris Barth Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung
- Via PayPal: hier die dafür vorgesehene Paypal-Emailadresse: habicht_hugo(at)hotmail.com Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).

Wir freuen uns über jeden Beitrag, sei er auch noch so klein, und halten es so wie Herr Reitschuster, der auf seiner Homepage sinngemäß schreibt, dass diejenigen, die wenig haben, das Wenige behalten mögen und dass diejenigen, die Überfluss haben, willkommen sind ihren Überfluss mit uns zu teilen. ♥

Montagspaziergang Deshalb gehen wir weiter spazieren!

Bundesregierung berät über mehrjährige Maskenpflicht - ab Oktober!
Das kann keiner wollen! Kommen auch Sie zu den Kundgebungen und Spaziergängen.

Haben Sie auch geglaubt, dass jetzt, mit der Aufhebung der xG Auflagen und der Maskenpflicht die Sache vorbei ist? Zumal der Bundestag auch die Impfpflicht für alle abgelehnt hat?

Dem ist mitnichten so!

Die Impfpflicht für alle wurde am 08.04.2022 durch die Hintertür der EU beschlossen.

Wussten Sie das?

Es gibt immer noch eine einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Und glauben Sie diesen Politikern in Berlin oder gar in Brüssel noch irgendwas? Wenn Scholz verspricht, die Impfpflicht nicht nochmal aufs Tablett zu bringen - glauben Sie ihm das, bei all den Versprechen, welche Politikdarsteller bis heute bereits gebrochen haben?

Es gibt eine Vielzahl guter Gründe, u.a. Montags und Samstags spazieren und demonstrieren zu gehen. Welcher davon motiviert Sie?



Montagspaziergänge:

Frankfurt:	18:00 Uhr	Römerberg	Mainz:	18:30 Uhr	Ernst-Ludwig-Platz
Darmstadt:	17:00 Uhr	Friedensplatz	Bensheim:	18:00 Uhr	Marktplatz
	& 18:00 Uhr	Neues Rathaus	Marburg:	18:00 Uhr	Elisabeth-Blochmann-Platz
Großostheim:	18:30 Uhr	Marktplatz			
Aschaffenburg:	18:30 Uhr	Schloßplatz	Weitere Termine hier abrufbar:		
Langen:	18:30 Uhr	Bahnstr./Goethestr	t.me/Demotermine		
Heppenheim:	18:00 Uhr	Marktplatz	www.nichtohneuns.de		